



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 331 Postulat Setz Isenegger Melanie über Grundlagen erarbeiten für eine bessere Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Familie / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Bernhard Steiner beantragt Ablehnung.

Bernhard Steiner: Der Alltag normaler erwerbstätiger Eltern ist nüchtern betrachtet streng und zeitlich sehr anspruchsvoll. Viele Eltern klagen darum auch dauernd über Stress und zu wenig Zeit. Sie strampeln sich täglich ab, bringen die Kinder früh am Morgen in die Kita, pressieren ins Büro, arbeiten den Mittag durch und springen dann nach dem Feierabend in den Supermarkt, um einzukaufen, kochen das Abendessen und bringen die Kinder ins Bett. Eine aktuelle Auswertung des Bundesamtes für Statistik zeigt, dass die durchschnittliche zeitliche Gesamtbelastung von Vätern und Müttern in einer Familie in den letzten 15 Jahren stark zugenommen hat. Mütter und Väter kleiner Kinder arbeiten durchschnittlich je 70 Stunden pro Woche. Dazu muss noch gerechnet werden, dass die politische Arbeit als Kantonsrat rund 20 Prozent mehr Arbeitsbelastung bedeuten würde. Somit ist eines klar: Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik bedeutet vor allem eines, nämlich nahtlos am Stück zu arbeiten. Dass sich Kinder, Beruf und politische Karriere reibungsfrei vereinbaren lassen, ist also ein Mythos und scheitert vor allem an einem, nämlich an der Zeit. Diese Zeit wird Ihnen auch ein sozialistisch organisierter Staat niemals zur Verfügung stellen können. Natürlich kann man darüber diskutieren, wie man die Parlamentsarbeit neu organisieren und Prozesse optimieren könnte. Nebst den Studien, die der Nationalrat die letzten Jahre in Auftrag gegeben hat, sind weitere Ideen von Parteien, Hochschulen und Universitäten zusammengetragen worden. Ideen sind genügend vorhanden. In den letzten Jahren sind aber von den Mitgliedern in diesem Rat kaum mehrheitsfähige Vorschläge eingebracht worden, wie man die Abläufe im Rat konkret verbessern könnte, um die Vereinbarkeit von Familie und Parlamentsarbeit zu verbessern. Ich lade Sie darum ein, direkt Anträge in den Rat zu bringen, was konkret angepasst werden soll. Aus Sicht der SVP haben wir aber Grund zur Annahme, dass eine weitere Studie nichts Wesentliches an Informationen beitragen kann. Deshalb stellen wir den Antrag, das Postulat abzulehnen und die Steuergelder einzusparen.

Melanie Setz Isenegger: Vielen Dank an den Regierungsrat für den Antrag auf Erheblicherklärung meines Postulats, das von den meisten Parteien unterstützt wird. Nun bin ich etwas überrascht: Bernhard Steiner und ich sind eigentlich einer Meinung. Trotzdem möchte ich noch auf eine andere Aussage der SVP eingehen. Eine Vertreterin der SVP meinte auf «Zentralplus» zu diesem Postulat nämlich sinngemäss: Familie und Politik unter einen Hut zu kriegen, das sei alles eine Frage der Organisation und des Willens. Diese Aussage ist nicht nur für mich eine Klatsche ins Gesicht. Ja, es ist eine Frage der Organisation und des Managements, wie so vieles im Leben. Aber Familie und insbesondere

kleine Kinder lassen sich leider nicht einfach so organisieren wie ein Sonntagsausflug oder das Fussballtraining. Nach ein paar Jahren mit ständigem Organisieren, Delegieren und Strukturieren ist frau oder man manchmal nur noch froh, wenigstens den Hauptjob mehr oder weniger organisieren zu können. Dies ist auch in der Erhebung des Bundes 2018 zu Familien und Generationen nachzulesen: Weit über die Hälfte der Eltern von schulpflichtigen Kindern haben oft oder meistens das Gefühl, überlastet zu sein und Schwierigkeiten zu haben, die unterschiedlichen Aktivitäten unter einen Hut zu bringen. Politik ist eben kein Eight-to-five-Job, sondern fordert einem enorm. Da reichen manchmal auch der persönliche Wille und die Organisation nicht mehr. Eltern ziehen sich aus dem politischen Betrieb zurück. Schauen Sie sich im Saal um: Wie viele Elternteile mit schulpflichtigen Kindern sitzen hier in diesem Rat? Und wie viele davon sind Frauen? Nun könnten Sie natürlich sagen: Wenn es Dir zu viel ist, kannst Du ja zurücktreten. Selbstverständlich könnte ich das, aber das ist für mich keine Lösung und auch für zwei kleine Buben kein wirkliches Vorbild. Liebe SVP: Wollen Sie wirklich einzelne Gruppen aus der politischen Tätigkeit ausschliessen, weil wir uns an traditionelle und jahrzehntealte Organisationsstrukturen festklammern à la «früher ging das auch»? Wie ich meinen Vorredner verstanden habe, eigentlich nicht. Die Schwierigkeiten sind erkannt, und mein Postulat ist die Antwort auf die unterschiedlichen Vorstösse zum Thema Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Familie. Es fordert weder eine Kita für Parlamentarierinnenkinder, noch eine Stellvertreterregelung, auch keine Einschränkung des Mutterschaftsurlaubs, sondern eine Gesamtschau und neue Ideen, wie Politik und Familie besser vereinbart werden können unter Einbezug von neuen technischen Möglichkeiten. Es gibt eben doch immer mehr Frauen und Männer, die auch während der Familienzeit politisch aktiv sein möchten, weil sie eben den Willen haben, etwas zu verändern, aber teilweise schwierigen Bedingungen gegenüberstehen. Der Bericht über die Gleichstellung, den dieser Rat ebenfalls im Juni in Auftrag gegeben hat, ist für diese Anliegen das richtige Gefäss, um im Politgetriebe nicht nur einzelne Schraubchen anzupassen, sondern um mit möglichen Neujustierung ein vielfältiges Parlament zu ermöglichen – mit Frauen und Männern, Müttern und Vätern, mit unterschiedlichen Erfahrungen, Hintergründen und Zeitressourcen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Maurus Zeier: Politische Arbeit ist weit im Voraus planbar und wenig flexibel. Eine eigene Familie verlangt Spontaneität und Flexibilität. Damit diese zwei Engagements kombiniert werden können, braucht es Rahmenbedingungen. Ich habe zwar keine eigene Familie, aber als Bruder von sechs Schwestern und als 15-facher Onkel einen praktischen Einblick. Genauso wichtig wie die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, ist es, dass politische Arbeit und Familie kombiniert werden können. Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat und stimmt für die Erheblicherklärung. Erlauben Sie mir noch einen letzten Gedanken: Im Beruf sind ortsunabhängige Arbeit und die Teilnahme an Sitzungen und Entscheidungsprozessen, egal wo man ist und egal welchen Verpflichtungen man nachkommen muss, längstens Standard, und momentan sehen wir das wegen der Corona-Pandemie in vielen Betrieben noch viel deutlicher. Im Parlament kann man das nicht. Wer nicht da ist, wird nicht gehört. Wer nicht da ist, kann nicht mitreden. Vielleicht sollten wir bei der Digitalisierung ein Brikett nachlegen. Egal wieso man nicht da ist, ob man wegen Corona in Quarantäne ist oder seinen Familienverpflichtungen nachkommen muss, man sollte virtuell teilnehmen können. Vielleicht wäre es Zeit, diesen Schritt ins Auge zu fassen.

Fabrizio Misticoni: Die Grünen und Jungen Grünen begrüssen die positive Stellungnahme des Regierungsrates sehr und bedanken sich für das Vorantreiben dieses wichtigen Anliegens. Politische Arbeit und Familie dürfen sich nicht ausschliessen, weder für Politikerinnen noch für Politiker. Alles andere wäre absolut nicht mehr zeitgemäss. Es macht aus unserer Sicht auch völlig Sinn, im Bericht über die Gleichstellung, welcher mit der Motion M 141 gefordert wurde, auch explizit den Aspekt der besseren Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Familie einzubinden und auszuarbeiten, wie es das Postulat fordert. Wir sind auf die Ergebnisse dieses Berichtes sehr gespannt und noch gespannter, welche Umsetzungen vorgeschlagen werden und welche davon in diesem Rat beschlossen und dann umgesetzt werden. Ich bin aber ganz sicher, dass dies nicht zu einem sozialistischen

Staat beziehungsweise einem sozialistischen Kanton führen wird. Die G/JG-Fraktion folgt der Regierung und unterstützt die Erheblicherklärung.

Claudia Huser Barmettler: Eigentlich wollte ich nichts sagen. Aber es geht hier um einen Bericht, der in Auftrag gegeben wurde und bereits geschrieben ist. Ich verstehe die Aufregung der SVP nicht. Man kann die Vereinbarkeit von Familie und Politik wichtig oder nicht wichtig finden, dieser mit der Motion M 141 verlangte Bericht wurde schon in Auftrag gegeben. Dass man jetzt dort noch ein Thema mehr aufgreift, ist doch genau das, was die SVP will, nämlich effizient. Es gibt nicht noch einen Bericht, sondern dies wird in einen Bericht aufgenommen, den wir sowieso machen. Dieser Bericht wird noch nichts ändern, er wird nur Informationen liefern. Er wird zeigen, wo Handlungsbedarf besteht und wo man etwas machen könnte. Ich verstehe das Problem nicht. Es geht um Transparenz eines Themas, das anerkannt ist und auch von Bernhard Steiner bestätigt wurde. Ich glaube, man kann dieses gut in diesen Bericht aufnehmen, und man kann so sogar aus dem an die Hochschule vergebenen Auftrag noch mehr herausholen. Die GLP-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung.

Stephan Schärli: Die CVP findet es auch wichtig, dass Personen, die Familie haben, an der Politik teilnehmen können. Auch sie haben eine Stimme und müssen mitberaten können. Deshalb ist es wichtig, dieses Postulat erheblich zu erklären. Auf nationaler Ebene wurde schon 2019 ein solches Postulat eingegeben, und ich glaube, wir müssen hier als Gesellschaft und Politik dahinterstehen. Alle Mitglieder der Gesellschaft sollten am Politbetrieb teilnehmen können, auch Personen mit Kindern.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Es wurde sehr viel Richtiges gesagt. Der Bericht ist in Erarbeitung, und das war ein Vorstoss der GASK. Wir werden diesen Bericht präsentieren, und damit haben Sie die Möglichkeit, einzelne Schwerpunktthemen für die Umsetzung zu definieren. Sie werden sicher zeitgerecht mit einbezogen. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat erheblich.